

Die Türkei behält eine faire Beitrittschance zur EU.



Lothar Mark

Die SPD steht zu fairen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Wir unterstützen deshalb den Kompromiss, den die EU-Außenminister für die weiteren Gespräche mit der Türkei erzielt haben. Mit diesem Kompromiss erhöht die Europäische Union den Druck auf die Türkei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, indem sie ihre Häfen und Flughäfen für den Handel mit Zypern öffnet. Zugleich gibt sie der Türkei weiterhin eine faire Chance auf einen EU-Beitritt.

Der Beschluss der EU-Außenminister sieht im Einzelnen vor:

- Die Verhandlungen mit der Türkei sollen eingeschränkt weitergeführt werden. Erst dann, wenn die Türkei ihre Handelsbeschränkungen gegenüber Zypern aufgehoben hat, werden sie in vollem Umfang wieder aufgenommen.

- Die EU-Kommission wird in ihren jährlichen Berichten über entsprechende Fortschritte informieren.

Mit diesem Beschluss hat sich die Verhandlungslinie von der SPD und Außenminister Frank-Walter Steinmeier durchgesetzt:

- Eine unnötige Belastung der Verhandlungen zwischen Europäischer Union und der Türkei durch neue Fristen und verschärfte Bedingungen wird vermieden.

- Der Beschluss garantiert, dass die Beitrittsverhandlungen insgesamt weitergehen. Ziel bleibt der EU-Beitritt der Türkei.

- Der Beschluss enthält aber auch die klare Botschaft, dass die Türkei ihre Verpflichtungen aus den Beitrittsverhandlungen erfüllen muss. Die von der Türkei zuletzt signalisierte Bereitschaft, der EU hierbei entgegenzukommen, ist ein erstes positives Zeichen.

- Die EU-Außenminister haben sich darüber hinaus darauf verständigt, dass sich Zypern zu einer politischen Lösung des Konfliktes um die geteilte Insel unter dem Dach der Vereinten Nationen bekennen und die notwendigen Erleichterungen beim direkten Handel der EU mit dem türkischen Nordzypern ermöglichen muss.

Der EU-Beitritt der Türkei kann eine Brücke zwischen Europa und der islamischen Welt schlagen und zum gegenseitigen Verständnis und zu einem friedlichen Zusammenleben der Kulturen beitragen. Deshalb ist er von historischer Bedeutung und darf nicht von innenpolitischer Taktik abhängig gemacht werden.

